

**Aufruf des DFW:**

**Ludwig-Feuerbach-Jahr 2004**

**Am 28. Juli 1804 wurde der Philosoph und freigeistige Denker Ludwig Feuerbach geboren. Sein 200. Geburtstag ist für den Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften ein bedeutender Anlass, das Jahr 2004 zum Ludwig-Feuerbach-Jahr auszurufen und alle Interessierten, Verbände und Gesellschaften aufzufordern, sich mit Leben und Werk des großen Denkers zu beschäftigen und sich mit seinen philosophischen, religionskritischen und humanistischen Auffassungen auseinanderzusetzen.**

Mit Mut trat Feuerbach für das freie Philosophieren und ein sozial gerechteres Zusammenleben ein. Er stand am Ausgang der klassischen und aufklärerischen Philosophie in der Mitte des 19. Jahrhunderts und befruchtet das freigeistige Denken bis in unsere Tage. Er verband einen philosophischen Materialismus mit der Emanzipation der Naturwissenschaften von Theologie und Glaube. Mit seinem Hauptwerk „Das Wesen des Christentums“ (1841) sowie seinen „Vorläufigen Thesen zur Reformation der Philosophie“ (1842) und seinen „Grundsätzen der Philosophie der Zukunft“ (1843) wurde Feuerbach zu einem der bedeutendsten Vertreter der demokratischen Bewegung des Vormärz in Deutschland. Er war zeit seines Lebens mit dem Kampf für Recht und Wahrheit, für Menschlichkeit und Freiheit verbunden.

Der DFW ruft alle Vereinigungen und Gemeinschaften zur Durchführung entsprechender Feuerbach-Veranstaltungen im Jahr 2004 auf. Der DFW wird seine Hauptversammlung 2004 zu Ehren des Philosophen und Freigeistes gestalten.

*Dr. Volker Mueller, Präsident*

**Resolution zur Stärkung des Völkerrechtes**

**Die DFW Resolution "Keine Kriegsabenteuer der USA gegen den Irak" vom 12. Oktober 2002 gilt unverändert.**

- Zur Bewahrung der gemeinsamen Rechtstraditionen des Alten Europa und der Alten Vereinigten Staaten von Amerika wird auf das Memorandum der Deutschen Sektion der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA) verwiesen.
- Die USA haben keine Berechtigung eines weltweiten Führungsanspruches wegen ihres völkerrechtsfeindlichen Verhaltens, Verletzung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundprinzipien.

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



**pfw - Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften**  
 Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V., Postfach 40 05 07, 12632 Berlin  
 Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
 Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
 Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

- Es geht darum, das Mandat der UN für Streitschlichtung zu verbessern und die Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofes durch alle UN-Mitgliedsstaaten zu erreichen.
- Europa muss die USA zu einem Wettbewerb zur weltweiten Weiterentwicklung der Streitschlichtkulturen herausfordern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Bedeutung der UN leisten.
- Eine Europäische Verfassung des 21. Jahrhunderts muss explizit die Bedeutung der UN für die Weiterentwicklung der Streitschlichtkulturen enthalten und die volle Akzeptanz der Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes in den EU-Mitgliedsstaaten sicherstellen.
- Europa muss die Menschenrechte über die Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten stellen, um den gemeinsamen Wertekonsens des alten Europa gegenüber der Weltöffentlichkeit zu verdeutlichen.
- Der DFW hat ein Interesse daran, die Stärke des Rechts zu fördern und das Recht des Stärkeren durch die UN zu begrenzen.

**Dr. Volker Mueller**  
Präsident

**Horst Prem**  
Vizepräsident

## Öffentliche Erklärung zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung

Am 10. Mai diesen Jahres jährt sich zum 70sten Mal der Beginn der groß angelegten Bücherverbrennung in Deutschland. Auf dem Berliner Opernplatz wurden zigtausende Bücher mit aktiver Beteiligung von Studenten und Professoren in die Flammen geworfen. Diese nationalsozialistische Kulturbarbarei reihte sich in den Kampf des Hitlerfaschismus gegen alle politisch Andersdenkenden und rassistisch Anderseienden ein. Die Bücherverbrennung 1933 schaffte faktisch die Meinungsfreiheit und die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Medien ab. Verbrannt wurden Bücher demokratischer Autoren vor allem jüdischer, kommunistischer, sozialdemokratischer und liberaler Herkunft. Erinnern wir uns stellvertretend an Erich Maria Remarque, Heinrich Mann, Klaus Mann, Bertold Brecht, Arthur Holitscher, Karl Kautsky, Karl Marx, Sigmund Freud, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Lion Feuchtwanger, Ludwig Renn, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, Arnold Zweig und Stefan Zweig.

„Wer Bücher verbrennt, verbrennt auch Menschen.“ Diese Aussage von Heinrich Heine aus dem Jahr 1820 wurde in erschreckender Weise Realität im Dritten Reich. Goebbels' Gleichschaltung und „Arisierung“ der Kultur ging einher mit der Vernichtung kritischer Stimmen und selbstbestimmten freien Denkens. Die scheinbar fatale Kette von brennenden Scheiterhaufen von Büchern, vom brennenden Reichstag, von brennenden Synagogen, von brennenden Städten und Dörfern und letztlich von den lodernenden Krematorien der Konzentrationslager der Nazis spricht für sich selbst, für den antihumanen und unsäglichen Charakter faschistischer Herrschaft. Unkultur und Rassismus sind seine Merkmale.



**pfw - Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften**  
Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V., Postfach 40 05 07, 12632 Berlin  
Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

Das Ende von Demokratie und Meinungsfreiheit, von Pluralität der Weltanschauungen und Geistesfreiheit vernichtete deutsche Kultur und letztlich Millionen Menschen. Nie wieder! Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. trauert um die 1933 durchgeführte Vernichtung von Kultur und Wissenschaft, sie trauert um die Menschen, die durch Nazi-Terror und Krieg umgekommen sind. Bewahren wir die Freiheit der Meinungen, der Medien, der Literatur, Kunst und Wissenschaften, damit Menschen unabhängig von Herkunft und Weltanschauung miteinander respektvoll und in Frieden leben können. Widersetzen wir uns allen heute noch existierenden Bestrebungen, andere Auffassungen und Lebensanschauungen, die Freiheitsrechte der Menschen und die Meinungs- und Medienfreiheit einzuschränken oder gar zu beseitigen. Wehren wir uns, damit nie wieder Bücher und letztlich Menschen verbrannt werden.

**Darmstadt, den 8. März 2003**

**Dr. Volker Mueller, Präsident**

## **Forderungen an den EU-Konvent**

### **Resolution des DFW-Seminars**

### **in Schney 24.-26.1.2003**

Die erste Forderung an den EU-Konvent ist, nicht nur auf die Charta der Grundrechte der EU und die ERMK Bezug zu nehmen, sondern auch auf das „Rome Statute of the International Criminal Court“ der UN. Denn dieses berücksichtigt das inzwischen weiterentwickelte Rechtsverständnis. Hier kann die Brücke gebaut werden zu einem internationalen Individualstrafrecht, das die Menschenrechte durchsetzbar macht. Nur wenn der Einzelne auch haftbar gemacht werden kann für Menschenrechtsverletzungen, wird sich im Verhältnis der Menschen untereinander etwas ändern. (Artikel 25 und Artikel 28 des UN-Statuts).

Die zweite Forderung an den EU-Konvent bezieht sich auf den Zugang des Einzelnen zu einer solchen internationalen Gerichtsbarkeit. Auch dieser Zugang muss in einem Verfassungsentwurf des 21. Jahrhunderts geregelt werden. Die rechtsdogmatischen Schwierigkeiten müssen dadurch überwunden werden, die Menschenrechte über die Souveränitätsrechte der Einzelstaaten zu stellen. Die EU hat damit die Möglichkeit, in dem Verbund der zukünftigen 25 Staaten diesen Schritt zu wagen.

Die dritte Forderung an den EU-Konvent unter dem Eindruck der terroristischen Bedrohungen ist, in der Präambel zur Verfassung der EU Bezug zu nehmen auf die *UN-Declaration on the Elimination of All Forms of Intolerance and of Discrimination Based on Religion or Belief adopted by the General Assembly on 25 November 1981*, die durch Ergebnisse der Conference on School Education in Relation to Freedom of Religion or Belief, Tolerance and Non-Discrimination<sup>1</sup> ergänzt wurde.

Die vierte Forderung an den EU-Konvent ist, Vorkehrungen zu treffen, eine EU-Verfassung durch eine europaweite Volksabstimmung in Kraft zu setzen.

<sup>1</sup> UN Economic and Social Council, Civil and Political Rights, Including Religious Intolerance, E/CN.4/2002/73, GE.02-11333 (E) 200302 030402



## Neutralität der EU-Institutionen

**Die Verankerung irgendeiner Bezugnahme auf Gott in der Präambel der künftigen Verfassung der Union würde für Uneinigkeit sorgen und eine Diskriminierung der zunehmenden Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern darstellen, welche keine religiösen Grundüberzeugungen mehr vertreten. Nichtreligiöse Menschen vertreten Überzeugungen, die ebensolche Achtung verdienen wie die von „Gläubigen“.**

Jede Bezugnahme auf Gott oder religiöse Traditionen in einem Verfassungsvertrag der EU ist heute gänzlich unangemessen, da anders als im Absolutismus die Gesetze der Menschen nicht mehr im Namen einer religiösen Macht erlassen, sondern von den demokratisch gewählten Vertretern des Volkes verabschiedet werden. Dies ist ein Grundprinzip jeder parlamentarischen Demokratie, durch das sie sich in Europa grundlegend von der religiösen Tradition unterscheidet.

Der historische Ursprung jeder Gesellschaft ist ein kulturelles Erbe, das aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen stammt, die sie erst zu dem machen, was sie ist. Die europäische Kultur wurde von vielen verschiedenen Formen der Wahrnehmung der Wirklichkeit und Denkweisen geformt.

Die Europäische Humanistische Föderation (EHF) lehnt jede Bezugnahme auf ein lediglich Uneinigkeit verursachendes Erbe ab und schlägt vor, stattdessen Bezug auf das „kulturelle Erbe der europäischen Geschichte“ zu nehmen. Die EHF fordert, in Artikel 1 der Verfassung folgende Erklärung aufzunehmen: „Die Union basiert auf den unteilbaren und universellen Prinzipien der Würde aller Männer und Frauen, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität; sie gründet auf den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Die EHF vertritt die Auffassung, dass Artikel 10 der Grundrechtscharta das „Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ garantiert, fordert jedoch, das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen, ausdrücklich aufzuführen. Die EHF verteidigt die Trennung von Kirche und Staat und fordert, in Artikel 3 zu verankern, dass die Union den säkularen Charakter ihrer Institutionen garantiert. Die Institutionen der Union sollten so konzipiert werden, dass sie sich neutral gegenüber den Überzeugungen ihrer Bürger verhalten; sie dürfen keine Diskriminierung einführen und müssen die Achtung der Freiheit aller religiösen oder nichtreligiösen Überzeugungen gewährleisten, ohne dass es notwendig wäre, sich auf eine wie auch immer geartete transzendente Botschaft zu berufen.

Heute ist wichtig, jeden Bürger für die aktive Mitwirkung an dem gemeinsamen Unterfangen des Aufbaus eines demokratischen Europas zu gewinnen. Die Unionsbürgerschaft darf daher nicht auf religiösen Überzeugungen oder Botschaften gründen, die sich auf einen wie auch immer gearteten Begriff der Transzendenz stützen.

Die EHF spricht sich gegen die Aufnahme der Erklärung 11 der Schlussakte des Vertrages von Amsterdam in den Vertrag aus, in der es heißt: „Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.“ Der einzige Zweck dieser Erklärung ist der Erhalt der Privilegien bestimmter Kirchen in den Mitgliedsstaaten.

Die Humanisten und Säkularisten in der Europäischen Humanistischen Föderation sowie die Europäer mit religiösen Überzeugungen halten es für notwendig zu verhindern, dass die Europäischen Institutionen erneut einen Graben zwischen den Bürgern, die an den Himmel glauben und der zunehmenden Zahl derer, die nicht daran glauben, aufreißen.

**Quelle: Erklärung der European Humanist Federation (EHF)**



**pfw - Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften**  
Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V., Postfach 40 05 07, 12632 Berlin

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

## Warum nicht Frieden?

**Unter diesem Motto lädt die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft zum Unitariertag 2003 am Pfingstwochenende (6.-9. Juni) nach Kassel ein. Alle Formen des Friedens, sei es mit uns selbst, sei es mit Freunden, sei es mit Fremden, sei es mit der Natur, sei es zwischen den Völkern, erfordern einen aktiven Einsatz von uns in einem sich stetig erneuernden Dialog.**

Daher stehen Gesprächsrunden und Kreativgruppen mit wechselnden Teilnehmern im Zentrum unseres Unitariertages.

Unser Laienprinzip, das die religiöse Kompetenz eines und einer jeden voraussetzt, haben wir in der zentralen Veranstaltung dieses Unitariertages berücksichtigt: Während dieser werden alle Teilnehmenden gemeinsam Unterthemen zu unserem Friedensmotto erarbeiten, die in den anschließenden Gesprächsrunden behandelt werden.

Frieden mit anderen setzt voraus, dass wir den anderen kennen lernen und ihn respektieren. Daher haben wir Gäste aus dem In- und Ausland eingeladen, um durch intensive Begegnungen einander näher zu kommen.

Darüber hinaus haben wir an ein intensiveres Miteinander aller Teilnehmenden gedacht, indem wir Veranstaltungen in das Programm aufgenommen haben, welche die Einzelnen miteinander zwanglos zu Gesprächen führen werden.

Ein wichtiger Auftrag unserer Religionsgemeinschaft ist das Streben nach innerem Frieden, der unsere Sorgen und Ängste mindert und der uns näher zu unserer Mitte führt. Diesem Ziel dienen die Stunden der Besinnung, die Meditation und die Möglichkeit, sich auf sich selbst zurückzuziehen im Raum der Stille.

Wir laden alle herzlich ein, ein friedliches Miteinander auf dem Unitariertag zu erleben und Friedensmöglichkeiten nach außen aufzuspüren. Wir wünschen allen Teilnehmenden, dass sie aus dem Unitariertag Kraft und Hoffnung gewinnen, den Frieden in seinen vielfältigen Formen in der Welt voranzubringen.

Sämtliche Veranstaltungen (außer einigen Freizeitaktivitäten) finden statt im  
Hotel Ramada-Treff, Baumbachstr. 2 (Stadthalle), 34119 Kassel. Tel. 0561-78100.

Anmeldung bei

Ulrich Hoppe, Unitariertag 2003, Luisenstraße 10, 31785 Hameln, Tel. 05151-26727,  
oder über [www.unitariertag.de](http://www.unitariertag.de).

***Eike Möller, Präsident der DUR  
Edda Scharf, Vizepräsidentin***

## Nur noch wenige Plätze frei!

**Die Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz veranstaltet vom 26. Juli bis zum 9. August 2003 eine Familienfreizeit in der Ostseegemeinde Klingberg bei Scharbeutz.**

Sind Sie daran interessiert, mitzukommen? Haben Sie Bekannte, die Ihren Urlaub in netter Gesellschaft an der Ostsee verbringen wollen? Dann bitte gleich anmelden, es gibt nur noch wenige freie Plätze: Tel. 0621-512582, Fax: 0621-626633.



**pfw - Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften**  
Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V., Postfach 40 05 07, 12632 Berlin

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

## Freidenker-Jugendgruppe aus dem Havelland war wieder in Indien

Der Humanistische Freidenkerbund Havelland e.V. hat seinen deutsch-indischen Jugendaustausch mit der Reise einer zwölköpfigen Freidenker-Jugendgruppe vom 3. bis 16. Februar 2003 fortgeführt. Wir haben für 14 Tage das Atheist Centre in Vijayawada/Andhra Pradesh besucht und waren bei indischen Gastfamilien untergebracht. Auf dem Programm standen viele Begegnungen und Erlebnisse: Wir haben unter anderem landwirtschaftliche Produktionen in Dörfern, ein Krankenhaus, Schulen, Kinder- und Bildungseinrichtungen in Andhra Pradesh besucht. Mit einer Spende und aktiver Hilfe haben wir die Anti-Polio-Kampagne für die kostenlose Schutzimpfung der indischen Kinder unterstützt.

Vor Ort in Schulen und in einer Naturwissenschaftlichen Bildungsstätte haben wir gemeinsam ein Projekt „Bildung und Kultur“ gestaltet, in dem vor allem chemische und physikalische Experimente durchgeführt wurden und ein Kulturaustausch stattfand.

Natürlich haben wir uns auch mit der sozialen und kulturellen Situation in Südindien vertraut gemacht und viele historische und religiös-weltanschauliche Sehenswürdigkeiten kennenlernen können. Verschiedene Treffen zwischen den indischen und deutschen Jugendlichen rundeten die Jugendbegegnungen ab. Neue Freundschaften über die kulturellen Grenzen hinweg wurden geschlossen.

Insgesamt diente der Jugendaustausch dem Kennenlernen verschiedener Kulturen, einem besseren Verstehen der anderen Lebenssituation sowie einem toleranten humanistischen Miteinander der jungen Menschen. Die Gleichwertigkeit aller Menschen, egal woher sie kommen, welche soziale Herkunft sie besitzen und welche Hautfarbe sie haben, ist für uns selbstverständlich und wurde durch das tägliche Zusammensein gelebt. Visionen und Vorstellungen von einer friedlichen Zukunft der Einen Welt, in der wir leben, wurden entwickelt. Die Gastfreundschaft und die Offenherzigkeit der indischen Menschen haben wir seit dem Beginn unseres Jugendaustausches im Jahr 1996 mehrmals erleben dürfen. Der Abschied von unseren indischen Freunden fiel sehr schwer. Der für das nächste Jahr geplante Rückbesuch junger Inder bei uns in Brandenburg wird schon sehnsüchtig erwartet.

*Dr. Volker Mueller  
Humanistischer Freidenkerbund*

## Die Freireligiöse Landesgemeinde Baden lädt ein

Eine Vision gewinnt Konturen, die Idee eines überregionalen, gesamtdeutschen Treffens von Menschen aus dem freireligiösen, frei-humanistischen, freigeistigen und unitarischen Spektrum, die Vision vom **Tag der freien Religion**. Vom 17.-19.10.2003 werden wir den ersten Tag der freien Religion im Mannheimer Novotel veranstalten. Unser Motto: „**Voneinander lernen – Miteinander leben**“. Die Veranstaltung beinhaltet einen kulturellen Teil zur Eröffnung, eine interreligiöse Stadtführung durch Mannheim, verschiedene Gesprächs- und Workshop-Angebote, Unterhaltungsprogramm sowie eine Abschlusskundgebung am Sonntag Vormittag. Integriert ist die Bundesversammlung des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, die am Samstag stattfindet. Info unter Tel. 0621-22805, Fax 0621-28289.



**pfw - Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften**  
Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V., Postfach 40 05 07, 12632 Berlin

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
Auswertung/Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
Ortrun E. Lenz M.A., Schillerstr. 50, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513